

sozialmagazin | 4. Sonderband

sozialmagazin

4. Sonderband

Sozialer Zusammenhalt

Jörg Fischer | Elisabeth Tuider (Hrsg.)

BELTZ JUVENTA

Leseprobe aus Fischer und Tuider, Sozialer Zusammenhalt,
ISBN 978-3-7799-6115-4 © 2021 Beltz Juventa
in der Verlagsgruppe Beltz, Weinheim Basel
[http://www.beltz.de/de/nc/verlagsgruppe-beltz/
gesamtprogramm.html?isbn=978-3-7799-6115-4](http://www.beltz.de/de/nc/verlagsgruppe-beltz/gesamtprogramm.html?isbn=978-3-7799-6115-4)

Inhalt

- 1 Eine grundlegende Frage der Zeit: Sozialer Zusammenhalt
Elisabeth Tuider, Jörg Fischer 7

Das Soziale Band – Theoretische Auslotungen

- 2 Das Ich, das Wir und „die“ Anderen
Sozialer Zusammenhalt zwischen Ungleichheitskritik
und exklusiven Gemeinschaften
Werner Thole, Julian Sehmer, Jessica Prigge und Lukas Schildknecht 18
- 3 „... und nicht vergessen: die Solidarität!“?
„Sozialer Zusammenhalt“ in der Perspektive Sozialer Bewegungen
Susanne Maurer 33
- 4 In einer zerrissenen Republik schwindet der Zusammenhalt
Die sozioökonomische Ungleichheit erschwert das Miteinander
Christoph Butterwegge 50
- 5 Sozialer Zusammenhalt in zunehmenden Ungleichheiten
Michael Klundt 64

Sozialen Zusammenhalt gestalten

- 6 Förderung des sozialen Zusammenhalts auf kommunaler Ebene –
Gestaltungsspielräume und Handlungsansätze
Jörg Fischer, Theresa Hilse-Carstensen, Stefan Huber 80
- 7 *Caring with*: Ansätze für eine Politik der „Mit_Sorge“
in Zeiten der COVID-19-Pandemie
Hannah Grün 97
- 8 Selbstdarstellung statt sozialen Zusammenhalts im Zeitalter
der Digitalität
Elke Höfler 120
- 9 „Das geht nicht, wir müssen was machen!“
Ambivalenzen von Solidarität in der aktiven Bürgergesellschaft
Olaf Tietje 134

- 10** Zertifizierte Solidarität.
Zur Kritik der „ethischen Ökonomie“ des Fairen Handels
Hanns Wienold 149

Schlussfolgerungen und Utopien

- 11** Vom Süden lernen? Eine kritische Rezeption indigenen Denkens
Ronald Lutz 168
- 12** Utopie einer inklusiven Gesellschaft
Saskia Erbring 187

1 Eine grundlegende Frage der Zeit: Sozialer Zusammenhalt

Elisabeth Tuidler, Jörg Fischer

1. Einleitung: Sozialer Zusammenhalt in der Covid 19 Krise

Seit einigen Monaten wird sozialer Zusammenhalt und gesellschaftliche Solidarität auf die Probe gestellt. Die Bewältigung der globalen Covid-19 Pandemie fordert Nationalstaaten, Regionen, Familien, Menschen und Nachbarschaften heraus. Recht schnell wurde in Coronazeiten auch deutlich, dass die Coronapandemie auch eine soziale Krise ist, die sich auf das individuelle Wohlbefinden, die Verletzlichkeit von prekären Bevölkerungsgruppen und schließlich auch das gesellschaftliche Miteinander massiv auswirkt. Gleichzeitig deuten empirische Studien an, dass durch die Pandemie weniger neue Problemstellungen entstanden sind, sondern vielmehr sich die bereits existierenden sozialen Ungleichheiten verschärfen bzw. diese wie durch eine Lupe noch deutlicher zutage treten (vgl. Fischer/Kretzschmar/Rompczyk 2020, S. 91). Die schon jahrzehntelange Problematisierung der Unvereinbarkeit von Familie und Beruf durch die feministischen Bewegungen und die Geschlechterforschung wurde in Coronazeiten als Mehrfachbelastung von Familien offensichtlich, die aufgefordert waren, Stay-at-home mit Homeoffice und Homeschooling/Homekinder-gardening – im Sinne eines ‚home-everything‘ – zu verbinden. Nachdrücklich, aber mit mäßigem Erfolg, wurde darauf hingewiesen, dass das Zuhausebleiben Gebot von manchen Personengruppen, wie z. B. Obdachlosen in deutschen Großstädten sowie von den Marginalisierten und Armen in den *favelas* Brasiliens oder den südafrikanischen *townships* gar nicht erfüllt werden kann und dass manche Arbeit sich nicht einfach ins Homeoffice verlegen lässt, wie z. B. Sexarbeit oder Zustellservices. Die Retraditionalisierung von Geschlechterverhältnissen und Care-Work in der Familie und damit die Belastung von Müttern und insbesondere Alleinerziehenden wurde schnell zum Thema. Jutta Allmendinger fasste Mütter jüngst als „Verliererinnen“ der Corona-Politik und ihrer Gebote von Social Distancing, Stay-at-home und Homeoffice auf (Allmendinger 2021). Auch die Verschärfung von Bildungsungleichheiten durch das ‚Abhängen‘ von bildungsfernen Kindern und jungen Menschen durch den digitalen Unterricht, wie auch die Störungen desselben, das Zoom-bombing, wurden zum Thema.

Die Kehrseite der Regulation und Kontrolle von Nähe und Intimität, u. a. durch die social distancing-, Masketragen- und Zuhausebleiben-Gebote, ist dabei auch, dass die Bedeutung von sozialen Netzwerken, Familie (in ihrem breiten Verständnis) und Nachbarschaft für das Erfahren von Zusammenhalt bedeutsam wurden. Dieser Zusammenhalt wurde aber diskursiv und politisch als nationaler gerahmt. In Coronazeiten wurden nationale und z. T. auch regionale politische Strategien eingesetzt, um ein sich global ausbreitendes Virus einzudämmen. Fast schon dethematisiert wurden zur selben Zeit die Fluchtbewegungen über das Mittelmeer und die keineswegs coronakonformen Zustände in den Flüchtlingslagern am Rande Europas. Hingegen verschärfte sich ein Grenz- und Migrationsregime, das auf Abschottung und die Stärkung des Nationalen setzt. Transnationalität und Internationalität in beruflichen wie in Alltagszusammenhängen wurden ins Digitale verlagert und zugleich erhärtete sich ein institutioneller Rassismus, der sich u. a. an der (saisonalen) Arbeitsmigration verdeutlichen lässt, die in Coronazeiten fast völlig zum Erliegen kam. Nur Spargelstechen und Erdbeerenpflücken waren auch im ersten Lockdown die Güter, für die weiterhin Arbeitsmigrant_innen als notwendig eingeschätzt und mithin ihre Grenzüberschreitung unabdingbar und ermöglicht wurde. Und obwohl die Organisation von Pflege ein breites Thema in der Öffentlichkeit war, und als ‚systemrelevant‘ ausgewiesen wurde, so stellte die hohe Vulnerabilität des oftmals ethnisierten und migrantisierten Haushalts-, und Pflege- und Carepersonals eine Leerstelle dar. Was wertvolle und was nicht so wertvolle Arbeit ist, wer Grenzen überschreiten darf und wer nicht, welche Pendelmigration also die gewünschte und welche die unerwünschte ist, wurde in Coronazeiten nicht nur thematisiert, sondern reguliert. Und die Antwort auf die Frage, wer unter welchen Bedingungen arbeiten, lernen und leben darf, macht die Rekonfiguration des Sozialen deutlich.

Denn in den Versuchen, die globale Ausbreitung der Pandemie einzudämmen und zu kontrollieren, wurde auch deutlich, dass nicht alle Menschen gleichermaßen Beschränkungen erfahren, und dass nicht jedes Leben gleich wert ist. In den sozialwissenschaftlichen Interpretationen wurde die politische Regulierung der Bevölkerung durch die coronabezogenen Krisen- und Gesundheitsdiskurse als „Biopolitik“ und „Nekropolitik“ erneut gerahmt (vgl. Foucault 1999, Mbembe 2011). Mit Biopolitik hat Foucault die neuen politischen Strategien in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts erfasst, die er beschreibt als „Eintritt des Lebens in die Geschichte – der Eintritt der Phänomene, die dem Leben der menschlichen Gattung eigen sind“ (1983, S. 169) in das Terrain der Politik. Damit beschreibt Foucault Machtverhältnisse, die auf die Regulierung des Lebens (und nicht mehr des Todes) zielen. Auch in Coronazeiten ist die nekropolitische Frage virulent, welches Leben als lebens- und schützenswert eingestuft wird, „wer leben soll, und wer sterben kann“ (ebd.). So macht bspw. Christine Löw (2020) für die subalternen Frauen in Indien deutlich, dass diese

sich zwischen „Schutz vor Coroonansteckung oder sozial-ökonomisches Überleben“ entscheiden müssen. Denn die „necropolitische Ausrichtung der staatlichen Verordnungen und Gesetze über den vergeschlechtlichten Körper reduziert Subjekte nicht bloß auf ihre prekären Existenzkonditionen, sondern verteilt hierarchisch angeordnete Bevölkerungsgruppen auf einem Kontinuum zwischen Leben und Tod“ (Löw 2020). Philipp Sarasins (2020) machtkritische Analysen der Formen des Regierens in Zeiten der Pandemie betonen dabei, dass es sich nicht um eine einfache Fortführung oder Übertragung biopolitischer Überlegungen handeln kann, sondern dass sich, Foucault folgend, verschiedene Formen des Umgangs, des ‚Regierens‘ – auch an den historischen Beispielen Lepra, Pest und Pocken – analysieren lassen. Die Gebote von ‚social distancing‘ und ‚stay-at-home‘ erfassen dabei zugleich das Sich-selbst-schützen und sich um-sich-selbst-sorgen – also Selbsttechniken – wie auch sich nachbarschaftlich und solidarisch zu verhalten – also gesellschaftliche Organisation (vgl. Sarasin 2020).

Mit den gesellschaftlichen Krisen- und Spaltungsszenarien, wie sie in Coronazeiten deutlich wurden, verbunden ist auch die Frage nach dem sozialen Zusammenhalt und Solidarität. Solidarität und Zusammenhalt wurden politisch stimuliert, u. a. lancierte die Bundesregierung die Aktion #wirbleibenzuhause und definierte damit das Einhalten von physischer Distanz zu anderen als Umsetzung von gesellschaftlichem Zusammenhalt.

Im September 2020 fragte die Wochenzeitung „Die ZEIT“ „Wie solidarisch sind wir noch?“ und vertrat die These, dass die Coronakrise die Solidarität stärke, was sich an den boomenden Nachbarschaftshilfen ebenso ablesen lässt, wie an neuen Internetplattformen wie z. B. Nebenan.de. Jede*r Zweite der 25–39-Jährigen hilft in der Krise, und ja, es entstünde eine neue Solidarität, denn die Krise berühre und erfasse alle Menschen – wenn auch nicht gleichermaßen.

Zu den Formen und Ausdrucksweisen im ersten Lockdown gehörte auch das gemeinsame abendliche Klatschen auf den Balkonen für die als ‚systemrelevant‘ ausgewiesenen Berufe oder das Spielen von Beethovens Sinfonie „Ode an die Freude“ für die Nachbarschaft sowie manchmal auch Mitmach-Sportangebote im Innenhof von Wohnhäusern. Doch haben sich Formen und Ausdrucksweisen von Solidarität über die Lockdownphasen auch verändert. Die Forschung von Barbara Rothmüller (2020) im Projekt „Intimität, Sexualität und Solidarität in Zeiten von Corona“ konstatierte, dass im April 2020 noch 64% der Befragten eine „solidarische Stimmung“ sahen. Diese Sichtweise habe sich jedoch verändert, denn nur noch 20% der Befragten erfahren diese solidarische gesellschaftliche Stimmung im zweiten Lockdown. Unter anderem war ein deutlicher Rückgang in den Nachbarschaftshilfen zu beobachten.

Die Sorge um die beruflich und sozial unsichere Zukunft schlägt sich auch im Wunsch nach mehr Solidarität nieder. Gefragt nach der Zufriedenheit mit der Solidarität zwischen den EU-Staaten im Umgang mit der Coronapandemie

(Europaparlament Trends 6/2020 in Mitbestimmung 08/2020) zeigt sich deutlich, dass eine Mehrheit der Befragten sich mehr Solidarität wünscht (36% sind unzufrieden, 29% zufrieden).

Die Auswertungen des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) und der SOEP-CoV-Studie im Rahmen der Studie „Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Zeiten von Corona“ (Kühne et al. 2020) fokussieren u. a. auf die lokale und zwischenmenschliche Ebene und sie analysieren das Vertrauen der Menschen in Andere sowie die Sorgen der Menschen um den gesellschaftlichen Zusammenhalt (vgl. ebd., S. 3). Ausgangsüberlegung dazu ist: „Das Vertrauen in Andere mag jedoch in Zeiten von Pandemien leiden, in denen zwischenmenschliche Kontakte eine potentielle Gesundheitsgefahr bergen und ihnen somit mit gesundem Misstrauen zu begegnen ist. Gleichzeitig mag der Eindruck, dass sich viele Mitmenschen an die Einschränkungen halten und sich achtsam begegnen, das zwischenmenschliche Vertrauen erhöhen.“ (ebd., S. 12). Die Analyse zeigt nun sowohl eine positive Entwicklung des zwischenmenschlichen Vertrauens in Coronazeiten als auch einen seit 2015 noch leicht gestiegenen positiven Blick auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt. „Während im Jahr 2019 noch 32 Prozent angaben, sich große Sorgen um den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu machen, liegt dieser Anteil während der Corona-Krise lediglich noch bei 22 Prozent. Eine mögliche Erklärung für den positiveren Blick der Menschen auf den Zusammenhalt in Deutschland ist das persönliche Erleben zwischenmenschlicher Unterstützung und Hilfe in der Corona-Krise, bspw. in der Nachbarschaft. So bewerteten 70 Prozent der Befragten den Zusammenhalt in ihrer Nachbarschaft in der aktuellen Krisensituation als sehr gut oder gut.“ (ebd., S. 14)

2. Sozialer Zusammenhalt oder das „Gewebe des Sozialen“ (Bedorf/Herrman 2016)

„Überall, wo Gesellschaft ist, gibt es auch Solidarität.“ (Bude 2019, S. 34) Nicht nur in Coronazeiten gerät also die Frage nach dem „Kitt des Sozialen“, dem „sozialen Zement“, dem „sozialen Netz“ in den Fokus – wie Ulrich Bröckling (2016, S. 392) einige der Metaphern zusammenfasst, die die soziologische Theorie zur Erfassung des sozialen Zusammenhalts und der Veranschaulichung sozialer Kohäsion bereithält. Vielmehr ist die Frage nach dem sozialen Band, nach dem sozialen Zusammenhalt, zentral in der Betrachtung von Gesellschaft. Der soziale Zusammenhalt, und v. a. die Metapher des Sozialen Bandes, stellt, so Lars Gertenbach (2016), eine „Schlüsselfigur der Soziologie“ (Gertenbach 2016, S. 72), ja eine der „politischen Semantiken der Moderne“ (ebd., S. 73) dar: „Seit ihren Anfängen hat die Soziologie die zentralen Fragen von Kohäsion und

Ordnung des Sozialen verhandelt und sie hat hierbei in einem bemerkenswerten Ausmaß auf die Metaphorik von Band und Bindung zurückgegriffen.“ (ebd.) Gertenbach zeichnet dies von Durkheim und Tarde, über Parsons, Habermas, de Saussure und Loytard bis Latour nach. Bei Durkheim bspw. verweist das soziale Band auf die Kohäsions- und Integrationsprinzipien, die verschiedene gesellschaftliche Gruppen miteinander verbinden. Bei Latour ist es das Denken und Handeln in Netzwerken, wobei diese Subjekte, Objekte und nichtmenschliche Entitäten umfassten. Die Metapher des Sozialen Bandes formuliert dabei – mit Beginn der Moderne und der Etablierung der Soziologie – etwas Neues. Es handelt sich um nichts Geringeres als das die Ordnung konstituierende Band als soziales zu begreifen. Die soziale Ordnung gerät damit „in den Immanenzbereich der Gesellschaft selbst“ (ebd., S. 74). Damit verbunden sind Visionen zukünftiger Vergesellschaftung, Dystopien einer bindungslosen Gesellschaft, oder Utopien einer neuen an *commons* orientierten Gesellschaft (vgl. ebd.).

Grundlegend rekonstruieren Thomas Bedorf und Steffen Herrmann (2016) das „Gewebe des Sozialen“, also das soziale Band der Familie, Freundschaften, Verwandtschaften, Kleingruppen, Verbände und der Gesellschaft. Dazu unterscheiden sie zwischen horizontalen und vertikalen sozialen Bindungen und überall dort, wo diese vertikalen und horizontalen Bindungen miteinander verwoben sind, lassen sich auch diese (intersektionalen) Verwobenheiten rekonstruieren (vgl. ebd., S. 13). Bedorf und Herrmann lesen die gesamte Geschichte der Philosophie als Geschichte des sozialen Bandes: Bei Platon und Aristoteles reicht eine gute Gemeinschaft nicht aus, diese müsse auch inklusiv sein, sodass sich Individuen als Teil derselben auch verstehen (ebd., S. 19). Bei Hobbes hingegen ist es die vertragliche Verpflichtung des staatlichen Gemeinwesens, was alle Bürger_innen zusammenhält. Auch für sie ist es Emil Durkheim, der mit seinem Begriff der ‚organischen Solidarität‘ in der arbeitsteiligen Gesellschaft den sozialen Zusammenhalt der modernen Gesellschaft am deutlichsten erfasst hat. Und an diese Überlegungen knüpfen auch verschiedene aktuelle Debatten zu Konvivialismus und *commons* an (vgl. ebd. 39-40). Deutlich wird, dass die Frage nach dem sozialen Zusammenhalt immer auch mit Fragen zur Normativität von Gemeinschaft und der Legitimität von Herrschaft verwoben sind.

Dabei begreift Heinz Bude den Sozialstaat als „Form institutionalisierter Solidarität“ (Bude 2019, S. 45), denn er kümmert sich um jene Mitmenschen, die aufgrund von Alter, Arbeitsunfähigkeit und Arbeitslosigkeit in die Kategorien der Versorgungsbedürftigkeit fallen (vgl. ebd.). Bude spricht in diesem Kontext von der „Solidaritätsmaschine des Sozialstaats“ (ebd., S. 52). In globalen Konstellationen sind einerseits Verringerung der Ungleichheit zwischen Gesellschaften bei gleichzeitiger Zuspitzung von Ungleichheiten innerhalb der Gesellschaft zu beobachten. Solidarität appelliert nun „an eine vielleicht nicht eingestehbare oder nicht darstellbare Gemeinschaft, wo wir zugleich losgelöst,

unterschieden und gebunden sein können“ (ebd., S. 56). Wie nun diese Solidarität aussehen und begriffen werden kann, darauf gibt es unterschiedliche Antworten: „Mbembe lässt keinen Zweifel, dass nur die kommende Solidarität einer neuen Welt die gegeneinanderstehenden Solidaritäten der alten Welt auflösen kann. [...] Marx nennt sie die Welt, die aus der Vereinigung der Unterdrückten und Ausgebeuteten aller Länder entsteht, Emil Durkheim die Gesellschaft, in der wir die Dankbarkeit für unsere Vorfahren und die Verpflichtung für unsere Nachfahren empfinden. Jürgen Habermas das gemeinsame Schicksal, das wir zu erwarten haben und das uns deshalb nötigt, eine gemeinsame Perspektive einzunehmen, und Bruno Latour nennt sie schlicht und einfach die Erde, auf der wir zusammen mit allen anderen Erdenbewohnern leben und sterben.“ (Bude 2019, S. 162)

Deutlicher als Bude bezieht sich Isabell Lorey (2016) auf die Verwobenheit von Herrschaft und *commons*, wenn sie Prekarisierung als gouvernementale Praktik ausweist, die in vielen europäischen Ländern eine spezifische Form der Freiheit mitgeneriert, die sich im Begriff der „Selbstverantwortung“ verdichtet (Lorey 2016, S. 177). Auch Sorge und Schutz werden in neoliberalen Gesellschaften erneut privatisiert. Lorey schlägt nun eine Kehrtwendung vor, in dem sie sozialen Zusammenhalt nicht als Ergebnis von Sorge denkt, sondern Sorge und Verbundenheit zum Ausgangspunkt ihrer Überlegungen zum sozialen Zusammenhalt macht. Im Konzept der *cidadanía* (ein spanischer Neologismus aus Bürger_innenschaft/*ciudadanía* und Sorge/*cuidado*) bündelt sie ihre Vorstellung von einer neuen Form des Zusammenlebens. „Sorge anders zu denken bedeutet auch, Emanzipation, Autonomie und Selbstbestimmung in neuer Weise zu verstehen.“ (Lorey 2016, S. 180 f.). Dies sei aber nur auf der Basis von drei Brüchen möglich: erstens der Bruch mit der Trennung von Öffentlich/Privat; zweitens der Bruch mit der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und ihrer nicht-entlohnten Sorgetätigkeit; drittens der Bruch der Trennung Autonomie/Abhängigkeit. „Das (neo-)liberale gouvernementale Zusammenspiel von Kontrolle, Regulierung und Regierung, das Bürger_innenrechte in der Logik des Bedarfs von Arbeitskräften und ‚Eignung als Konsument_innen‘ verleiht, wird durchbrochen, denn die *cidadanía* ist jenseits (national-) staatlicher Grenzregime gedacht.“ (ebd., S. 182). Lorey treibt hier eine *commons* Debatte jenseits von Nationalstaatlichkeit voran, und die sich zugleich auch als antikapitalistisch versteht, oder mit Silvia Federici ausgedrückt „the principle of common/s can become the foundation of an anti-capitalist program“ (Federici 2016) insofern als Beziehungen ebenso wie Land oder Produktion auf das Gemeinwohl und die Gemeinschaft einer solidarischen Gesellschaft ausgerichtet sind.

Während die sozialwissenschaftliche Forschung in Form der Risiko- und Krisenforschung u. a. auf die Umweltkrise, die Armutskrise, die Krise der Familie fokussiert und Gesellschaftsanalyse auch in globalen Kontexten die auf die

Spitze getriebene soziale Ungleichheit u. a. mit der Perspektive auf die „Externalisierungsgesellschaft“ (Lessenich 2017) ausleuchtet, versammeln sich gleichermaßen auch Ansätze, die in post-marxistischer, neomaterialistischer Manier auf Degrowth und Post-Extraktivismus als „Bedingung für ein ‚gutes Leben‘“ (Acosta/Brand 2017) setzen.

Hängen dabei ein höheres Maß an sozialer Ungleichheit in einer Gesellschaft mit geringerem oder stärkerem sozialem Zusammenhalt zusammen? Und auf globaler Ebene: Zeigen Länder mit niedrigeren Einkommens- und Bildungsunterschieden einen größeren Zusammenhalt als Länder mit hohen Einkommens-, Bildungs- und Geschlechterunterschieden? Wie wirken sich also soziale Ungleichheiten in Bildungsprozessen, Einkommen und sozialem Status auf den Zusammenhalt aus? Kausale Zusammenhänge lassen sich hierbei nicht ermitteln (vgl. Nolan/Whelan 2014), doch zeigen bspw. Ruud Koopmans und Merlin Schaeffer (2014) am Beispiel eines Vergleichs von Frankreich-Deutschland-Niederlande, dass kulturell-ethnische Vielfalt mit einer Minimierung der sozialen Kohäsion einhergeht, was wiederum mit der Wahrnehmung ‚des Fremden‘ zusammen hänge. Für Deutschland untersucht die Friedrich-Ebert-Stiftung seit Jahren die Einstellungen gegenüber ‚Fremden‘ mit Perspektive auf „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“¹. Konnte für die 2010er-Jahre eine konstante Erhöhung der „Muslimfeindlichkeit“ festgehalten werden, so stagniert diese seit 2014 auf etwas unter 20% bei den Befragten. Hingegen hat sich seit 2014 die Abwertung und feindselige Haltung gegenüber asylsuchenden Menschen deutlich erhöht (auf 55%) (vgl. dazu: Zick/Küpper/Berghan 2019).

Dabei interessiert sich die Soziale Arbeit nicht nur für gesellschaftliche Wandlungsprozesse von der Industrie- zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft und ihren Zusammenhang zu sozialem Zusammenhalt, sowie den Wandel von der keynesianisch-fordistischen zur postfordistisch-neoliberalen Gesellschaft und der Globalisierung von Markt und Kapital, sowie der Digitalisierung und Algorithmisierung des Lebens und ihren neuen Formationen von Exklusion (vgl. Thiessen/Dannenbeck/Wolff 2019, S. 1.) Vielmehr fragt Soziale Arbeit unter dem Begriff der „Kohäsion“ nach dem Zusammenhalt in einer Gruppe, und wie Solidarisierung, Akzeptanz und Anerkennung des jeweils ‚Fremden‘, wie also der Umgang mit Diversität, hergestellt werden können. Nicht Assimilation sondern Inklusion, nicht nur Mitbestimmung sondern auch

1 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist definiert als die „Abwertung und Ausgrenzung verschiedener sozialer Gruppen [...]. Diesen Gruppen wird aufgrund von zugewiesenen und sozial konstruierten Merkmalen der kulturellen, ethnischen oder nationalen Herkunft, der Religion, des Geschlechts, der sexuellen Identität, sozialen Lebenslage oder aufgrund einer Behinderung Gleichwertigkeit, Partizipation und Zugehörigkeit versagt. Sie werden als ungleich markiert, weil sie als abweichend von der jeweils eigenen Gruppe wahrgenommen werden“ (Zick/Küpper/Berghan 2019, S. 83).

Mindestlöhne, nicht nur Netzwerk- und Unterstützungsarbeit sondern auch Glück, Lebenszufriedenheit, Nachhaltigkeit und ein gutes Leben für alle sind dabei die Bezugspunkte der Debatten und Handlungsansätze der Sozialen Arbeit.

Soziale Kohäsion durchzieht als Thema die gesamte „normative Zielsetzung sozialarbeiterischen Handelns“ (Borrmann/Fedke/Thiessen 2019, S. 2). Auch Nina Oelkers und Sascha Schierz sehen im Kohäsionsbegriff „eine zentrale Größe professionellen Handelns in der Sozialen Arbeit (2016, S. 6). Gleichzeitig hinterfragt, beispielsweise Stefan Borrmann, den normativen Gehalt den Soziale Arbeit in ihrer Orientierung und Auseinandersetzung mit sozialer Kohäsion mitreproduziert, da sie sich implizit an einer Art Normalzustand orientiert, der „unausgesprochen“ ein Mindestmaß an sozialer Kohäsion suggeriert. Denn Soziale Arbeit habe einen „Blick auf Defizite (von dem angenommenen Normalzustand) ... und damit eine Problemorientierung im negativen Sinne“ (Borrmann 2019, S. 77).

3. Zu diesem Sonderband

Der vorliegende Sonderband des Sozialmagazins war lange vor der Coronapandemie geplant und Autor_innen angefragt worden, in Anbetracht von gesellschaftlichen Wandlungs- und Krisenprozessen, die die Erodierung des Sozialen suggerieren und zugleich auch neue, alternative, kreative Formen des sozialen Zusammenlebens generieren, drei Fragen nachzugehen. Zum einen stellte sich uns die grundlegende Frage, was Gesellschaft eigentlich zusammenhält. Und vor dem Hintergrund der Frage, wie sich sozialer Zusammenhalt gestalten lässt, fragen wir nicht zuletzt auch danach, welche Schlussfolgerungen und Handlungsperspektiven sich aus den gegenwärtigen Analysen für Politik, Soziale Arbeit und kommunitäre Strukturen (vgl. etwa Fischer/Hilse-Carstensen/Huber) ableiten und diskutieren lassen?

Der Sonderband widmet sich damit nicht einer weiteren, vertieften Analyse von gesellschaftlichen Spaltungen und Ungleichheiten sowie sozialen Krisen, sondern die Beiträge trachten danach auszuloten, was Gesellschaft und Gemeinschaften trotz vielfältiger Krisen und Wandlungsprozesse zusammenhält. Ausgangspunkt unserer Betrachtung sind dazu die Überlegungen von Thole/Sehmer/Prigge/Schildknecht, auf wen sich Zusammenhalt bezieht und wer davon ausgeschlossen ist. Der Sonderband bezieht sich auf unterschiedliche Felder, in denen der soziale Zusammenhalt heute (neu) diskutiert wird, u. a. im Bereich der Sozialen Bewegungsforschung, der Arbeitssoziologie, der Stadt- und Raumforschung, der Migrationsforschung und Ungleichheitsforschung. Dabei werden gesellschaftstheoretische und -analytische Überlegungen (vgl. dazu die Beiträge von Maurer; Butterwegge; Klundt, Tietje und Höfler) mit

handlungstheoretischen Ansätzen etwa zu Inklusion und Integration zusammen gebracht (vgl. dazu die Beiträge von Erbring sowie Grün), aber auch realgesellschaftlichen Utopien – wie z. B. die Frage nach dem guten Leben (*buen vivir*) (vgl. Lutz) sowie der solidarischen Ökonomie (vgl. Wienold) – nachgegangen.

Deutlich wird in allen Beiträgen, dass Fragen zum sozialen Zusammenhalt und zu globaler, nationaler und regionaler Solidarität sich nicht erst in Coronazeiten stellen. Vielmehr wird die Frage nach dem sozialen Zusammenhalt von Gesellschaften als eine grundlegende Frage der Sozial- und Gesellschaftswissenschaften behandelt. Zugleich sind die Antworten darauf immer exemplarische.

Wir haben uns bemüht, ein breites Spektrum an Zugängen und Fragestellungen aufzunehmen, um vielfältige Ansätze für ein Weiterdenken auf Ebene von Auszubildenden und Studierenden, Fachkräften und Entscheider_innen in der Praxis sowie Lehrenden und Forschenden zur Selbstvergewisserung zu initiieren. Bei allen beteiligten Autor_innen und dem Verlag möchten wir uns für ihr Engagement und ihre Geduld bedanken.

Literatur

- Acosta, Alberto/Brand, Ulrich (2017): Radikale Alternativen. Warum man den Kapitalismus nur mit vereinten Kräften überwinden kann. München: oekom Verlag.
- Bedorf, Thomas/Herrmann, Steffen (Hg.) (2016): Das soziale Band. Geschichte und Gegenwart eines sozialtheoretischen Grundbegriffs. Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Bertelsmann Stiftung (2020): Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland 2020. URL: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/gesellschaftlicher-zusammenhalt-in-deutschland-2020> [10.01.2021].
- Borrmann, Stefan/Fedke, Christoph/Thiessen, Barbara (Hrsg.) (2019): Soziale Kohäsion und gesellschaftliche Wandlungsprozesse. Wiesbaden: VS Springer Verlag.
- Borrmann, Stefan (2019): Soziale Kohäsion als normatives Ziel? Soziale Probleme und ihre Bearbeitung durch Akteure der Sozialen Arbeit. In: Borrmann, Stefan/Fedke, Christoph/Thiessen, Barbara (Hrsg.) (2019): Soziale Kohäsion und gesellschaftliche Wandlungsprozesse. Wiesbaden: VS Springer Verlag, S. 77–87.
- Bröckling, Ulrich (2016): Andere Bänder. Ein metaphorologischer Kommentar. In: Bedorf, Thomas/Herrmann, Steffen (Hg.): Das soziale Band. Geschichte und Gegenwart eines sozialtheoretischen Grundbegriffs. Frankfurt/New York: Campus Verlag, S. 392–402.
- Bude, Heinz (2019): Solidarität. Die Zukunft einer großen Idee. München: Carl Hanser Verlag.
- Federici, Silvia (2016): Feminism and the politics of commons. In: Hlavajova, Maria/Sheikh, Simon (Hg.): From FORMER WEST: Art and the Contemporary after 1989. Utrecht: BAK.
- Fischer, Jörg/Kretzschmar, Jens/Rompczyk, Kai (2020): Sozialplanung in der Corona-Pandemie – Eine empirische Untersuchung im Freistaat Thüringen zu den Funktionen und Abläufen in Krisenzeiten. In: Sozialmagazin“, 45. Jg., Heft 5–6/2020, S. 90–97.